

Das 20. Jahrhundert: Sprachgeschichte - Zeitgeschichte

Zur 33. Jahrestagung des Instituts für deutsche Sprache

von Dirk Michel

Sprachgeschichte ist erst wieder seit den 70er-Jahren des 20. Jahrhunderts - nach der Ablösung strukturalistisch-generativer Konzeptionen von Sprache - und qualitativ anders geartet als in früheren Zeiten als Gegenstand sprachwissenschaftlicher Analyse und als eigenständiger Forschungsbereich in der Linguistik anerkannt. Die Erkenntnis, nur aus der Verbindung von diachronen und synchronen Aspekten von Sprache unter Einbeziehung der Wechselwirkung interner und externer Faktoren zu einem umfassenden wissenschaftlichen Bild von Sprache und Sprachwandel zu gelangen, lässt sich auch an der Forschungsrichtung des Instituts für deutsche Sprache ablesen. Dies zeigt sich neben historisch ausgerichteten Forschungsprojekten auch in der vom 11.-13. März 1997 durchgeführten 33. Jahrestagung »Das 20. Jahrhundert: Sprachgeschichte - Zeitgeschichte«. Die Jahrestagung war zugleich die Auftaktveranstaltung der Mannheimer Sprachmeile 1997. An die Jahrestagung 1990 »Das 19. Jahrhundert. Sprachgeschichtliche Wurzeln des heutigen Deutsch« anschließend, sollte zum zweiten Mal versucht werden, die komplexen Zusammenhänge von Sprache, Gesellschaft und Geschichte zu beschreiben und zu analysieren.

Anders als bei der Tagung zum 19. Jahrhundert ergaben sich bei der zum 20. methodologische Probleme, die sich für die Untersuchung von Zeitgeschichte im Allgemeinen ergeben: einerseits die Unabgeschlossenheit bestimmter zeitgeschichtlicher Entwicklungen, andererseits die mangelnde oder fehlende zeitliche Distanz zum Gegenstand der Forschung.

So wies dann auch Gerhard Stickel (IDS) in der Eröffnungsrede darauf hin, dass es, aufgrund des noch nicht abgeschlossenen Jahrhunderts, in dem noch viel passieren könne, und der fehlenden Beobachterdistanz, für eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts eigentlich zu früh sei. Gewiss gehöre in eine Sprachgeschichte die Thematisierung eines Sprachbewusstseinswandels. Aufgrund der Beziehungen sprachlicher Phänomene zu gesellschaftlichen Ereignissen sollten auch in einem zunehmend an Bedeutung gewinnenden mehrsprachigen Europa die Kontakte zu anderen Sprachen ausführlicher untersucht werden: bisher nur ein Randbereich der Forschung.

Das 20. Jahrhundert im Überblick

In seinem periodenübergreifenden Vortrag »Vom Sprachimperialismus zum gebremsten Spachstolz. Das 20. Jahrhundert in der sprachenpolitischen Geschichte der deutschsprachigen Länder« zeichnete Peter von Polenz (Trier) die zuvor angedeutete Entwicklung von 1860 bis heute detailliert nach. Die Sprachenpolitik des preußisch-deutschen Reichs und der Habsburgermonarchie war von zunehmender Unterdrückung der Minderheiten und Nationalitätensprachen gekennzeichnet, die nach der »konservativen Wende« von 1878/79 zu sprachnationalistischer Zwangseinsprachigkeit überging. Der Weg von der Sprachhegemonie zum Zwang zum Sprachwechsel bis zur nationalsozialistischen »Umvolkung« und Kriegspolitik im Endstadium des Sprachimperialismus war im Deutschen Reich an antifranzösische, antipolnische und antisemitische Feindbilder gekoppelt, in Österreich-Ungarn an antislawische und antisemitische.

Für die Nachkriegszeit konstatierte P. v. Polenz einen allmählichen Sprachgesinnungswandel, der mit einer geschwächten Sprachloyalität einherging. Die Geringschätzung moderner Sprachen seit der Restaurationszeit und die geringe Neigung der Deutschen zum Fremdsprachenlernen veränderten sich nach 1945 allmählich aufgrund einer grundsätzlichen Internationalisierung der Gesellschaft, von vermehrtem Fremdsprachenunterricht in den Schulen sowie von verstärkten Kontakten mit Nachbar- bzw. Fremdsprachen - allgemein durch einen zunehmenden Tourismus. Auch die heutige Dialektrenaissance bei gleichzeitiger Kenntnis und dem Gebrauch der Standardsprache zeugt für eine Zurückdrängung von »Reinheitsvorstellungen« von der deutschen Sprache, die sich - neben spezifischen Sprachnormungs- und Sprachregelungsversuchen - immer wieder in einem fanatischen Purismus äußerten.

Als Folge des deutschen Sprachimperialismus ist ein Rückgang von Deutsch als Fremdsprache und ein Niedergang von Deutsch als Wissenschaftssprache nach 1930 festzustellen. Die Akzeptanz des Englischen als internationale Verkehrssprache in Europa dagegen resultiert auch daraus,

dass es nicht als unterdrückende Herrschaftssprache wahrgenommen wurde.

Neben dem ungelösten Verhältnis zur Mehrsprachigkeit (Arbeitsimmigranten, Asylsuchende) in den monolingualen deutschsprachigen Ländern hob v. Polenz noch die jüngste sprachenpolitische Brisanz in der EG heraus. Aufgrund der Erhöhung der Anzahl derer in der EG, die Deutsch als Erstsprache sprechen, und einer nicht zu unterschätzenden Wirtschaftskraft, werden Forderungen nach Deutsch als einer Arbeitssprache in EG-Gremien aufgrund deutscher Geschichte und jüngster Drohungen wie »Wir sind das glücklichste Volk der Welt« von Befürchtungen einer deutschen Hegemonie begleitet.

Neben verschiedenen Phasen im deutsch-polnischen Verhältnis beleuchtete Franciszek Grucza aus Warschau (»Aspekte des Deutschen aus polnischer Sicht«) ausführlich die Politik der Nationalsozialisten, vor allem im Hinblick auf die in Polen angewandte Sprach- und Bildungspolitik. So beispielsweise die Verordnungen, dass Polen einerseits mit Vertretern der deutschen Verwaltungsbehörden deutsch zu sprechen hatten, andererseits aber auf gar keinen Fall ein grammatikalisch korrektes Deutsch lernen durften, sondern lediglich einen begrenzten Vorrat an deutschem Vokabular. Er stellte aufgrund des NS-Terrors auf verschiedenen Ebenen - bis zur Vernichtung - die erstaunliche Tatsache fest, dass das deutsch-polnische Verhältnis heute relativ gut sei und die deutsche Sprache in Polen wieder eine Konjunktur erlebe, die nicht allein auf die wirtschaftliche Lage zurückzuführen sei.

Dieter Cherubim (Göttingen) stellte in seinem Referat »Kontinuität und Diskontinuität in der deutschen Sprache des 20. Jahrhunderts« die Frage nach sprachhistorischen Differenzen zwischen dem 19. und 20. Jahrhundert. Für die Jahrhundertwende wollte er keinen Epocheneinschnitt geltend machen, der Übergang sei eher von Kontinuität als von Bruch gekennzeichnet, auch wenn durchaus unterschiedliche Stränge der Sprachkritik auf eine »Sprachkrise« reagierten: eine auf die Vergangenheit bezogene wie beim Allgemeinen Deutschen Sprachverein und eine auf die Gegenwart und Zukunft referierende wie bei Karl Kraus. Für das 20. Jahrhundert stellte er fest, dass nicht notwendig historisch-gesellschaftliche Einschnitte zwangsläufig auch sprachliche nach sich

ziehen müssen, und wenn, dann doch mit einer gewissen Verzögerung. So waren auch nach 1918 traditionell vorhandene Tendenzen vorherrschend. Am wahrscheinlichsten sei ein sprachlicher Umbruch für 1945-50 festzumachen, doch seien die Differenzen auch hier noch zu beweisen.

Einen strikt korpusbezogenen Ansatz der historischen Semantik stellte Wolfgang Teubert (IDS) vor, der den Bedeutungswandel von Ideen und Vorstellungen, die das Jahrhundert geprägt haben, anhand des kirchlichen Sozialdiskurses analysierte. Als Schlüsselwörter der katholischen Soziallehre fungierten hier u. a. *Arbeit*, *Eigentum* und *Naturrecht*. Da der Einfluss der römischen Enzykliken auf den semantischen Wandel von Sozialvorstellungen hierzulande unübersehbar ist, lexikalische Veränderungen also nicht in den jeweiligen europäischen Einzelsprachen isoliert vonstatten gehen, plädierte W. Teubert für eine Öffnung der Germanistik.

Einen Überblick über »Sprachgebrauch im Wandel der Medien« im 20. Jahrhundert gaben Eva Maria Jakobs (Saarbrücken) und Ulrich Püschel (Trier) anhand der Entwicklung des ältesten Massenmediums, der Zeitung, die trotz eines eigenständigen Sprachstils allgemein Gegenwartssprache widerspiegelt. Berücksichtigt wurde auch die Wechselwirkung mit der in diesem Jahrhundert hinzugekommenen Konkurrenz von Radio und Fernsehen. Von den vielfältigen Veränderungen sei hier nur eine Tendenz erwähnt: das bei den Lesern zu beobachtende Prinzip von der Ganzlektüre zur selektiven Lektüre. Neueste Entwicklungen wie die elektronische Variante im World Wide Web, die durchaus Vorteile wie weltweites Angebot, keine räumliche Beschränkung, ständige Aktualisierung, früheren Zugriff des Nutzers etc. bieten, vollziehen sich mit einer solchen Geschwindigkeit, dass die Auswirkungen auf die Sprache noch ungewiss sind. Dies bietet aber auch die Gelegenheit zu beobachten, was an sprachlicher Kontinuität und was an Innovation die »elektronische Zeitung« aufzuweisen hat.

Von Weimar zum III. Reich

Anhand der »Weimarer Verfassung - Tradition, Funktion, Rezeption« erläuterte Ulrike Haß-Zumkehr (IDS), wie zum ersten Mal in der deutschen Geschichte die Möglichkeiten erkundet wurden, einen von einer Gesellschaftsmehrheit getragenen, zentralen Text zu schaffen, der juristisch grundlegend und Bezugspunkt staatsbürgerlicher Wertmaßstäbe zugleich sein könne. Über die Ausarbeitung der Weimarer Reichsverfassung durch die Nationalversammlung wurde in der Presseöffentlichkeit berichtet, die Bedeutung eines Verfassungstextes für die Gesellschaft diskutiert, reflektiert und mit weitreichenden Folgen verändert. Dabei konkurrierte die juristische Funktion mit der politi-

scher Glaubensbekenntnisse. Die Herausarbeitung dieser Doppelfunktion schon zu Jahrhundertbeginn ist dann auch grundlegend für das Grundgesetz und noch deutlicher für die seit 1990 revidierten Verfassungen der neuen Bundesländer: Demokratische Gesellschaften wollen allen juristischen Warnungen zum Trotz in der Textsorte Verfassung das Fundament ihrer politischen Ethik formuliert wissen. Die letztlich Verhinderung einer der Verfassung entsprechenden Wirklichkeit durch die »Weimarer Verhältnisse« führt dann auch zum nächsten Thema: zum Nationalsozialismus.

Nicht in erster Linie um Einmaligkeiten der Sprache des NS, sondern vor allem um Kontinuitäten ging es im Vortrag »... LTI, LQI, ... Von der Un-

schuld der Sprache und der Schuld der Sprechenden« von Konrad Ehlich (München), und zwar von vofaschistischer über die »Sprache des Dritten Reiches« (LTI) zu der eines »vierten« (LQI). Trotz längerer Forschungsgeschichte bleibe diffus, was es mit der Sprache im Nationalsozialismus auf sich habe. »LTI weiterlebend« notierte sprachsensibel Victor Klemperer, dessen Aufzeichnungen und analytisch-philologische Kategorien unverzichtbar sind: In der Sprachwirksamkeit gab es selbstverständlich alles andere als eine Stunde Null. Sprachkonzeptionen wie im »Wörterbuch des Unmenschen«, die sich auf die Kritik von Wörtern beschränken, die in der Regel vielseitig nutzbar sind, werden dem Gegenstand der Kritik nicht gerecht: Sie entsprechen nämlich der Sprachkonzeption der Kritisierten. So sieht K. Ehlich auch die Möglichkeiten der sprachwissenschaftlichen Analyse zur Erforschung der LTI nur in einer Pragmatisierung der Semantik, darin, Sprechen, Sprache, Denken und Handeln in einen Zusammenhang zu bringen. Dies gelte gerade auch vor dem Hintergrund des Historikerstreits in den 80er-Jahren, der aktuellen Debatte um die Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung zur Geschichte der Wehrmacht sowie ähnlicher Diskursereignisse.

Die Bewertung der eigenen Geschichte

Im Vortrag »Entnazifizierung - Sprachliche Ausdrucksformen eines ethischen Konzepts« beschrieb Heidrun Kämper (IDS) »Schuld« als Schlüsselwort und Leitbegriff des Nachkriegsdiskurses. Die Geschichte der Entnazifizierung ist Schuldgeschichte, der sprachliche Ausdruck dieser Schuld-

geschichte insofern Teil der deutschen Sprachgeschichte als Begriffsgeschichte. Auf einer gedachten Zeitachse, die von 1945 bis 1955 reicht, wurde der Diskurs bei Parteien, Kirche und Publizistik vorgestellt. Die Anpassung des Schuldbegriffes an administratives und justiziales Handeln, das Aushandeln von Schuld (sprachlicher Eskapismus) - Leugnungen der Täter in unterschiedlichen Varianten - und das öffentliche Bewusstsein von dem Schuldbegriff, der letztlich seine eigene Negation ist, wurden ausführlich analysiert und mit wertvollen Zitaten belegt. Am Ende der institutionalisierten Entnazifizierung steht somit zuerst die Erweiterung des Schuldbegriffes um die Merkmale »Amnestie« und »Straffreiheit«, dann seine Auflösung, wenn mit »Wiedergutmachung« auf die Täter referiert wird.



Bürgermeister Lothar Mark übermittelt die Grußworte der Stadt Mannheim zur Eröffnung der Jahrestagung.

Das Verhältnis der Deutschen zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen, also ihre geschichtliche Selbstdeutung, wurde auch im Referat »Öffentlicher Sprachgebrauch und geschichtliche Selbstinterpretation« von Georg Stötzel (Düsseldorf) anhand des »Befreiungsdiskurses« zur geschichtlichen Zäsur vom 8. Mai 1945 an den Jahrestagen von 1955 bis 1995 reflektiert. Der innerdeutsche Interpretationsstreit, ob die Deutschen als »Befreite« oder als »besiegtes Volk«, zu gelten haben, das eine »Niederlage« erlitten hatte, wurde begleitet von Vokabeln wie *Machtergreifung* oder *Machtübernahme*, *Invasion* oder *Landung* der Alliierten etc. Es wurde verdeutlicht, dass geschichtsinterpretierende Leitvokabeln Kontroversen und sich wandelnde Bewertungen der eigenen Geschichte widerspiegeln.

Aspekte der neueren Sprach- und Zeitgeschichte

Hartmut Schmidt (IDS) warb in seinem Vortrag »Traditionen des Formulierens - Formulierungsmuster und -moden der letzten Jahrzehnte« für einen Erweiterungsbereich der »klassischen« Lexikographie und Lexikologie, die im Wesentlichen stabile Formeln sprachlicher Techniken berücksichtigt, nicht aber die aus einer Nachahmungslust resultierende Wirksamkeit von Formulierungsmustern. Modische asyndetische Appositionen, iterative Triaden - mit Vorliebe auf Englisch - und Alliterationen wurden als aktuelle Formulierungstechniken ebenso wie Techniken des Zitierens vorgestellt, die Variation der Zitate belegt, um die daraus entstehenden offenen Formulierungsklischees wie »X (= negativ konnotierter Ortsname) ist überall«, belegt für Ulm 1814, zu analysieren. Solche offenen Klischees sollen lexiko-

graphisch erfasst (damit Traditionslinien nachgeschlagen werden können), in der Sprachlehre berücksichtigt (auch Einarbeitung in Sprachlernprozesse) und, soweit sie zeittypische Neuerungen sind oder ihr Gebrauch historisch markiert ist, auch in der Sprachgeschichtsschreibung zur Epochencharakteristik herangezogen werden. Bei einer grundsätzlichen Begrüßung eines spielerischen Umgangs mit einem Formulierungserbe sah H. Schmidt aber auch sehr Problematisches: sprachliches Erbe aus der NS-Zeit, das sich in heutigen Formulierungen wie »Kraft durch X« oder »Kauft nicht bei X« wiederfindet.

Auf eine fehlende Auseinandersetzung mit Migrationsprozessen und dem daraus resultierenden verfehlten monolingualen Habitus, Einsprachigkeit sei natürlich (2/3 der Weltbevölkerung sind mehrsprachig), wies Volker Hinneberg (Augsburg) in seinem Vortrag »Deutsche Mehrsprachigkeit und Mehrsprachigkeit in Deutschland« hin. Einerseits ist ausschließlich Deutsch Amtssprache, andererseits ist Mehrsprachigkeit als Faktum in Deutschland im gesamten 20. Jahrhundert nicht zu leugnen. Anders als beim »Modell Schweiz« existieren in Deutschland viele kleine Mehrsprachigkeitsszenarien mit unterschiedlichem Grad an Öffentlichkeit, Institutionalisierung und sprachpolitischer Akzeptanz. Dem linguistischen Anpassungsdruck der Gesellschaft zum Trotz stehe die emanzipative zweisprachige Rede bei zugewanderten Gruppen, insbesondere bei Jugendlichen, hoch im Kurs. Dieses Codeswitching verläuft nicht in festen Einheiten, sondern ist stark situations- und personenengebunden: In der Regel erfolgt ein sofortiges Umschalten in die Sprache von Dazukommenden. Strukturelle gesellschaftliche Diskriminierung, ethnisch und linguistisch markiert, machte er auch daran fest, dass Rechte in der Regel einsprachig, Pflichten dagegen zwei- oder mehrsprachig formuliert werden (z. B.: Fahrkartenautomaten - deutscher Text, Hinweise auf Strafen fürs Schwarzfahren in mehreren Sprachen).

Im Vortrag »Schlüsselwörter - Schlüssel zur Wendezeit« stellte Dieter Herberg (IDS) mittels eines korpusbezogenen Projekts einen sprachvermittelten Zugang zur jüngsten deutschen Zeitgeschichte vor. Die kurze Phase des politischen Umbruchs der Wendezeit wurde von der Massenflucht aus der DDR Mitte 1989 bis zur staatlichen Einheit Ende 1990 auf öffentlichen Sprachgebrauch und sprachliche Phänomene hin untersucht: Zeitgeschichte im Spiegel von Schlüsselwörtern. Anhand von Beispielen (keine isolierten Wörter, sondern Schlüsselwortfelder) wurde geschildert, wie die Bezeichnung *Wende* anfangs auch von Egon Krenz u. a. für Veränderungen verwendet wurde, später jedoch nicht mehr. *Bevormunden, gängeln, entmündigen, hineinreden* etc., Ausdruck einer kritischen Einstellung gegenüber der SED, wurden im Laufe der

Zeit aber auch zunehmend auf die Bundesrepublik bezogen.

Sprache und Literatur

Den Versuch, eine verloren gegangene disziplinäre Einheit wiederherzustellen, stellte die Einbeziehung zweier Vorträge zur Verbindung von Literatur- und Sprachwissenschaft dar. Jochen Hörisch (Mannheim), der über die »Seekrankheit auf festem Lande - zur Krise der Literatursprache« referierte, sprach der Sprache der Literatur Krisenfreiheit zu, so dass sie, um interessant zu bleiben, sich systematisch selbst Krisen verordnen müsse. Da sie sich zutraue, Wahrnehmung kommunizierbar zu machen, dies aber, zumindest das Speichern und Weitergeben, AV-Technologien besser können, gerate zwar nicht die Sprache der Literatur, wohl aber das System Literatur in eine funktionale Krise.

Siegfried Grosse (Bochum) plädierte in seinem Vortrag »Lyrik und Linguistik« sowohl für textsortenspezifische Untersuchungen von Lyrik als auch für solche individueller Erscheinungen, da in der dichterischen Sprache durch die bewusste Abweichung von normierten Formen ein hohes Maß an experimenteller und origineller sprachlicher Kreativität zum Vorschein komme. Diese dürfe bei der beschreibenden Erfassung der Gegenwartssprache ebenso wenig unbeachtet bleiben, wie Neologismen im poetischen Wortschatz, die im allgemeinen Sprechgebrauch nicht vorhanden sind, Eingang in Wörterbücher finden müssen.

Ausblick

Zum Abschluss diskutierten Dietz Bering (Köln), Anne Betten (Salzburg), Siegfried Grosse (Bochum), Helmut Henne (Braunschweig) und Angelika Linke (Zürich) die Frage: »Was gehört zur bzw. in eine Sprachgeschichte des 20. Jahrhunderts?« Aufgrund von dessen Vielfältigkeit, die man auch an den doch sehr unterschiedlichen Referaten zu spezifischen und periodenübergreifenden Erscheinungen ablesen konnte, wurde versucht, die Diskussion in vier Themenkomplexe münden zu lassen: Moderne, Ideologie, Gesellschaft und Medien. Selbstverständlich (es wird nicht die eine Sprachgeschichte geben) konnte hier nur ein kontroverser, durchaus auf unterschiedlichen Sprachkonzeptionen beruhender linguistischer Diskurs ohne abschließende Ergebnisse geführt werden. Umstritten war vor allem die Frage, ob es Aufgabe der Sprachgeschichtsschreibung sei, eine gesellschaftskritisch-intervenierende Funktion auszuüben. Eine Periodisierung bleibt mit Sicherheit einer auch historisch ausgerichteten Sprachwissenschaft des nächsten Jahrhunderts vorbehalten. Dennoch zeigte sich, dass es durchaus richtig war, nicht die Nacht zum 21. Jahrhundert abzuwarten, um dann womöglich ein abgeschlossenes Phä-

nomen betrachten zu können: Einerseits orientiert sich Geschichte nicht an Jahrhundertgrenzen, andererseits kann man bilanzieren, dass bei der Tagung sprachlicher Wandel im gesellschaftlich-sozialen und historischen Kontext in einem ausgewogenen Verhältnis von Beobachtung, Beschreibung und Erklärung stand, das der Komplexität und Heterogenität sowohl sprachlicher Systeme als auch von Gesellschaft gerecht wird, so dass diese Jahrestagung nicht zufällig zu den besonders wichtigen des IDS gezählt wurde.

Wie üblich werden die Referate der Öffentlichkeit in Form des Jahrbuches des Instituts für deutsche Sprache zugänglich gemacht, das bis zur nächsten Jahrestagung (März 1998) erscheinen wird. Herausgegeben wird es von Heidrun Kämper und Hartmut Schmidt, die nicht nur eigene Vorträge beisteuerten, sondern auch maßgeblich an der Vorbereitung und Organisation beteiligt waren.

Der Autor ist wissenschaftliche Hilfskraft am Institut für deutsche Sprache in Mannheim.

SPRACHREPORT

Herausgeber: Institut für deutsche Sprache,
Postfach 101621, 68016 Mannheim.
Internet: <http://www.ids-mannheim.de>

Redaktion: Annette Trabold (Leitung),
Ulrike Haß-Zumkehr, Dieter Herberg,
Heidrun Kämper, Eva Teubert
Redaktionsassistentin: Iris Schmid

Satz & Layout: Claus Hoffmann
Belichtung: LaserSatz Thewalt
69257 Wiesenbach
Druck: Morawek, 68199 Mannheim
gedruckt auf 100% chlorfrei gebleichtem Papier
ISSN 0178-644X

Auflage: 2000
Erscheinungsweise: vierteljährlich
Jahresabonnement: DM 16,—
Einzelheft: DM 5,—
Bezugsadresse:
Institut für deutsche Sprache,
Postfach 10 16 21, 68016 Mannheim
Tel. 0621/1581-0

In eigener Sache – an die Autoren:

Sie sollten Ihre Beiträge möglichst auf Diskette schicken. Bitte wählen Sie folgendes Format:

3.5 Zoll-Disketten im DOS-Format, als Textverarbeitungsprogramm möglichst WINWORD. Wir können aber auch WORD für DOS oder WORDPERFECT weiterverarbeiten.

NICHT bearbeiten können wir:

- 5.25 Zoll-Disketten,
- MAC-Disketten.

Die Texte sollten nicht mit komplizierten Layouts und nicht mit einer Formatvorlage erstellt sein.

Die Formatvorlagen erstellen wir.
Der SPRACHREPORT wird mit PageMaker 6.0 erstellt.